

„Occupy“ in Hongkong: Entwicklung einer neuen Jugendprotestkultur

Günter Schucher und Heike Holbig

Bis zum 16. Dezember 2014 räumten die Polizeikräfte die letzten Straßen Hongkongs von den Besetzern, die seit dem Sommer für allgemeine und freie Direktwahlen des Hongkonger Regierungschefs im Jahr 2017 protestiert hatten.

Analyse

Die unnachgiebige Haltung der Regierungen in Beijing und Hongkong scheint bis auf Weiteres erfolgreich gewesen zu sein. Die Zahl der Aktivisten hatte zum Ende der Aktionen hin immer weiter abgenommen, die Uneinigkeit in ihren Reihen war gewachsen, und die große Mehrheit der Hongkonger war inzwischen gegen eine Fortführung der Besetzungen. Keine der Forderungen – weder nach Rücknahme von Beijings restriktiven Beschlüssen zur Wahl noch nach Rücktritt des Hongkonger Regierungschefs – ist erfüllt. Es ist jedoch davon auszugehen, dass die politische Mobilisierungsbereitschaft der Hongkonger Jugend nachhaltig gewachsen sein dürfte.

- Die Entwicklung einer zunehmend aktiven Zivilgesellschaft und einer neuen Jugendprotestkultur in Hongkong sprechen ebenso wie die sich aus der Sicht der Jugendlichen verschlechternden Arbeits- und Lebenschancen dafür, dass sich die derzeit politisierte Jugend auch künftig einmischen wird.
- Die parteistaatliche Führung der Volksrepublik China hat von Beginn an versucht, die Bewegung unter Hinweis auf Subversion durch das Ausland und Schäden für Hongkongs Wirtschaft zu diskreditieren. Die chinesische Öffentlichkeit wurde durch die Ereignisse in Hongkong allerdings kaum mobilisiert und scheint sich mehrheitlich eher gegen das entstandene „Chaos“ gewandt zu haben.
- Die wirtschaftlichen Auswirkungen der Aktionen auf Hongkong dürften gering und nur vorübergehend sein. Gravierender sind längerfristige konjunkturelle Entwicklungen.
- Durch die Kompromisslosigkeit Beijings ist das Scheitern der Politik „ein Land, zwei Systeme“ endgültig offensichtlich geworden.
- Chinas Führung steht vor großen wirtschaftlichen und politischen Herausforderungen. Ihre Haltung zu den Forderungen der Hongkonger Demonstranten hat bestätigt, dass sie in Fragen von internationaler politischer Brisanz nicht länger zu Zugeständnissen bereit ist.

Schlagwörter: Hongkong, China, demokratische Wahlen, „Occupy“-Bewegung, Jugendproteste

Das Ende der Protestaktionen

Als sich am Morgen des 11. Dezember 2014 tausende Polizeikräfte bereit machten, die letzten von den Kämpfern für freie Wahlen in Hongkong besetzten Straßen der Sonderverwaltungsregion zu räumen, wurden die Aktivisten noch einmal von vielen Sympathisanten unterstützt. Viele von ihnen harrten aus, bis sie festgenommen wurden. Aber es waren diesmal weit weniger Unterstützer als noch auf dem Höhepunkt der Bewegung im Oktober. In der Bevölkerung waren inzwischen über 80 Prozent gegen die Besetzungen. Die Besetzer waren überdies seit Längerem uneins über ihr weiteres Vorgehen. Während Benny Tai und die anderen beiden Initiatoren von „Occupy Central“ schon seit Wochen für neue Aktionsformen eintraten, befürworteten die Anführer der Studenten und Schüler das Durchhalten. Joshua Wong, der 17-jährige Gründer der lokalen Hongkonger „Scholarism“-Bewegung, trat sogar für einige Tage in den Hungerstreik.

Begonnen hatten die Protestaktionen im September 2014, nachdem die chinesische Regierung am 31. August die seit Langem gehegten Hoffnungen auf freie Wahlen des Hongkonger Regierungschefs (Chief Executive) im Jahr 2017 weitgehend zerstört hatte. Vorausgegangen war dem eine seit rund zwei Jahrzehnten schwelende Debatte über die Zukunft „allgemeiner Volkswahlen“ zum Amt des Regierungschefs in der Sonderverwaltungsregion, die im *Basic Law*, dem Hongkonger Grundgesetz von 1997, nur als eine sehr vage Möglichkeit frühestens für die Zeit ab dem Jahr 2007 in Betracht gezogen worden war. Während das prodemokratische Lager vor dem Hintergrund der dramatischen Niederschlagung der Studentenunruhen auf dem Tiananmen-Platz im Jahr 1989 einen verbindlichen Schutz demokratischer Freiheiten in Hongkong einforderte, war den Beijinger und Hongkonger Eliten eher daran gelegen, das bis dahin sehr erfolgreiche kapitalistische, von der Exekutive dominierte Verwaltungssystem der ehemaligen britischen Kronkolonie nicht durch ausgedehnte demokratische Verfahren in seiner Effizienz zu beeinträchtigen. Pochte das prodemokratische Lager seit dem Jahr 2007 immer lauter auf eine Einlösung des angeblichen „Versprechens“ freier und allgemeiner Volkswahlen, verfolgte die politische Elite auf dem Ruhekissen der äußerst vagen Formulierungen des *Basic Law* im Allgemeinen eine Strategie des Hinauszögerns (Holbig 2000, 2004, 2007).

Dass die Kontroverse im Sommer 2014 mit solcher Heftigkeit erneut aufbrach, mag der symbolischen Kraft des 25. Jahrestags der Tiananmen-Ereignisse am 4. Juni, gefolgt vom Jahrestag der Übergabe Hongkongs an die Volksrepublik am 1. Juli, geschuldet gewesen sein, für die das demokratische Lager bereits im Vorjahr groß angelegte friedliche Besetzungsaktionen angekündigt hatte. Aber auch andere Faktoren der erfolgreichen Mobilisierung einer neuen Protestkultur in der Hongkonger Jugend (s.u.) dürften eine Rolle gespielt haben. Herausgefordert von lauten Forderungen Protestierender, die seit Anfang Juni in immer größerer Zahl das Hongkonger Zentrum lahmlegten, gab die Beijinger Führung am 31. August ihre Position unmissverständlich bekannt. Nach dem Beschluss des zuständigen Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses sollen ab dem Jahr 2017 zwar alle wahlberechtigten Hongkonger ihre Stimme abgeben können, aber die Kandidaten sollen von einem nicht demokratisch gewählten, „repräsentativen“ Nominierungskomitee bestimmt werden. Da jeder Kandidat nicht nur Hongkong, sondern auch China zu „lieben“ hat und mindestens die Hälfte der 1.200 Komitee-Mitglieder für sich gewinnen muss, wäre damit von vornherein sichergestellt, dass nur Beijing-freundliche Kandidaten eine Chance auf Nominierung hätten (NPC 2014).

Empört über diesen Bruch des angeblichen Versprechens freier Volkswahlen durch die Beijinger Führung, starteten Schüler und Studenten erste Proteste mit Unterrichtsboykotten und Demonstrationen, die sich nach einem brutalen Polizeieinsatz am 28. September unter dem gemeinsamen Schirm einer global inspirierten „Occupy Central“-Bewegung zu den größten und längsten Protestaktionen auf volksrepublikanischem Boden seit dem Jahr 1989 ausweiteten. Bei den insgesamt gewaltfreien Räumungsaktionen wurden rund 250 Personen festgenommen. Während die verschiedenen Gruppen erneute Aktionen ankündigten, frohlockte Hongkongs Regierung über das Scheitern der Bewegung und leitete Anfang Januar 2015 öffentliche Konsultationen zur Wahlreform ein. Die medialen Sprachrohre Beijings hielten den Aktivisten vor, dass ihre „illegalen“ Aktionen von Beginn an sinnlos gewesen seien. Ob Politik und Gesellschaft in Hongkong und China allerdings tatsächlich so unbeeindruckt davon geblieben sind, kann nur vor dem Hintergrund längerfristiger Entwicklungen beurteilt werden.

Chinas Führung beschwört das Wirken „feindlicher Kräfte“

Als sich die prodemokratischen Aktionen, die nichts weniger als den Rücktritt des Hongkonger Regierungschefs und die Rücknahme des Beijinger Wahlbeschlusses vom 31. August forderten, bereits über zwei Monate hinzogen, wurde die Zentralregierung in Beijing ungeduldig. Für sie waren die Straßenaktionen illegal und vom Ausland gefördert. „Schwarze Hände“ seien am Werk: Vor allem die USA und das Vereinigte Königreich wollten die Proteste politischer Abenteurer mit organisatorischer, medialer und finanzieller Hilfe zu einer „Farbrevolution“ entwickeln; organisierte Gruppen würden von Hongkong aus nach China hineinwirken. Wenn die Hongkonger Polizei weiterhin so zurückhaltend agiere, so die nationalistische *Global Times*, müsse gegebenenfalls Beijing die Verantwortung selbst übernehmen (GT 2014a). Die „lang erwartete“ Räumung wurde daher mit Genugtuung begrüßt. Sie habe den „feindlichen Kräften“ im In- und Ausland deutlich gezeigt, dass China in prinzipiellen Fragen keine Kompromisse eingehe (CD 2014b).

Nach außen hin hatte sich Beijing von den Aktionen völlig unbeeindruckt gezeigt. „Unsere Politik hat sich nicht geändert und wird sich nicht ändern“, soll Staats- und Parteichef Xi Jinping selbst als Leitlinie vorgegeben haben (Lam 2014). Man wartete ab, bis der Bewegung selbst die Luft ausgegangen sein würde. Intern schien man sich allerdings zunächst nicht so sicher zu sein, dass die Aktionen keine Auswirkungen auf China selbst haben würden. Denn auch dort sieht die chinesische Führung seit dem Amtsantritt Xi Jinpings im Oktober 2012 bei Protesten verstärkt „feindliche Kräfte“ am Werk.

Diese Proteste, deren Zahl der chinesische Soziologe Sun Liping für das Jahr 2010 landesweit auf 180.000 schätzte, verfolgen allerdings – anders als die Hongkonger Aktionen – Forderungen, die vor allem auf die Behebung konkreter, häufig materieller Probleme abzielen. Sie sind an lokale Verantwortliche adressiert und entzündeten sich in der großen Mehrheit an Landnahmen, Beschäftigungsproblemen und Umweltfragen. Kaum vernetzt und vornehmlich lokal begrenzt protestieren meist direkt Betroffene für Entschädigungen, höhere Löhne oder saubere Luft. Zwar sollen die Hongkonger Proteste laut internationaler Medienberichte in einigen chinesischen Metropolen Fun-

ken geschlagen haben, aber die Gefahr eines Flächenbrands auf dem Festland war mangels einer gemeinsamen politischen Agenda relevanter Protestaktionen äußerst gering. Dennoch blockierten die Zensoren die Informationen aus der Sonderverwaltungszone und verstärkten die Propaganda gegen „universale“ Werte des Westens, die in China keine Basis hätten. Ergänzend wurden regimekritische Rechtsaktivisten, Journalisten und Künstler durch Repressionen und Festnahmen von möglichen Solidaritätsbekundungen abgehalten.¹

Entwicklung einer neuen Protestkultur unter Jugendlichen

Die Regierung des jetzigen Hongkong Chief Executive Leung Chun-ying weist gegenüber allen Vorgängerregierungen die geringsten Zustimmungsraten in der Bevölkerung auf. Selbst Leungs eigene Popularität ist während der Aktionen stark gesunken. Von einer allgemeinen Vertrauenskrise kann dennoch keine Rede sein; laut Umfragen der Hongkong Universität ist die Mehrheit der Hongkonger im Allgemeinen mit den Leistungen ihrer Regierung zufrieden, auch wenn es um die demokratische Entwicklung geht (siehe: <www.hkupop.hku.hk>). Viele Kommentatoren weisen allerdings auf die erfolgte Politisierung der jungen Generation in Hongkong hin, die einmal die nächste Elite stellen wird.

In den USA hat sich die „Occupy“-Bewegung nach der Räumung ihrer Protestcamps bisher nicht wieder erholt; aber sie hat als Vorbild für Protestbewegungen in anderen Weltregionen gedient. In Hongkong scheint die Möglichkeit, dass die Jugend weiterhin politisch aktiv bleibt, durchaus gegeben. Erstens können die Aktionen nur als der vorläufige Höhepunkt einer Entwicklung betrachtet werden, die seit den 1980er Jahren mit der Herausbildung einer Zivilgesellschaft in Hongkong begann und die mit den Demonstrationen zur Unterstützung der Studentenproteste auf dem Tiananmen 1989 und dann ab 1997 mit der Massenmobilisierung zum Jahrestag der Übergabe ihre ersten Aufschwünge erlebte. Von Jahr zu Jahr bildet seither der Zeitraum zwischen dem Tiananmen-Gedenktag am 4. Juni und dem Gedenktag des Souveränitätswechsels am 1. Juli (in der Volksrepublik zu-

¹ Siehe den Fall der *Zeit*-Korrespondentin Köckritz und ihrer chinesischen Mitarbeiterin Zhang Miao (Strittmatter 2015).

gleich der offiziell gefeierte „Geburtstag“ der KP Chinas) das symbolische Gelegenheitsfenster für die Inszenierung und Weiterentwicklung einer öffentlichen Protestkultur. Neben den Veteranen demokratischer Proteste, deren politische Biografie in der Demokratischen Partei Hongkongs eng mit den dramatischen Ereignissen von 1989 verknüpft ist, haben sich auch jüngere Generationen in Hongkongs Protestkultur eingeschrieben. Zwar reicht der persönliche Erfahrungshorizont der heutigen Jugendlichen nicht mehr bis zu den Ereignissen von 1989 zurück, doch haben Elternhäuser, Schulen und Medien zur Sozialisierung einer ausgeprägten Erinnerungskultur beigetragen. So ist der 4. Juni 1989 bei einem signifikanten Teil dieser Jugendlichen heute gerade aufgrund des Verblasens historischer Details zum moralisch stark aufgeladenen Inbegriff einer Krise politischer Herrschaft geworden, der bei aktuellen Kontroversen leicht zur Mobilisierung von Protesten gegen die Beijinger Führung genutzt werden kann (Lee und Chan 2013).

Zweitens können die prodemokratischen und zivilgesellschaftlichen Kräfte in Hongkong auf verschiedene erfolgreiche Protestaktionen zurückblicken. So beteiligten sich im Jahr 2003 Hongkonger Bürger aus allen Altersgruppen an einer breiten Mobilisierung gegen Beijings Versuche, eine „Anti-Subversions“-Gesetzgebung durchzusetzen, und erreichten schließlich auch ihr Ziel. Erfolgreich waren auch Proteste gegen die versuchte Einführung „patriotischer Erziehung“ an Hongkonger Schulen im Frühjahr und Sommer 2012, gegen die die damals von Schülern, Eltern, Lehrern und Professoren gegründete Gruppe Scholarism bis zu 120.000 Gegner auf die Straße brachte. Diese Erfolge mögen dazu beigetragen haben, dass die Protestierenden im Jahr 2014 zumindest teilweise im Glauben waren, durch kompromisslose Maximalforderungen ihre Ziele erreichen zu können. Insgesamt sind das Entstehen und Wachsen zahlreicher zivilgesellschaftlicher Gruppen und „neuer sozialer Bewegungen“ mit Mitgliedern aus allen sozialen Schichten die wichtigsten Faktoren, die seit dem Jahr 1997 die Politik in Hongkong verändert und die Spielräume der Hongkonger Regierung stark eingeengt haben (Fong 2013).

Drittens sind mit den jüngsten Anleihen beim Protestrepertoire der globalen „Occupy“-Bewegung neue Handlungsspielräume für die lokale Jugendprotestkultur in Hongkong entstanden. Dazu zählt die Ausweitung der „besetzten“ Räume nicht

nur auf das Regierungsviertel, sondern auch auf das Finanzzentrum der Metropole, die durch die geografische Nachbarschaft zur Hongkonger Garnison der chinesischen Volksbefreiungsarmee besondere sicherheitspolitische Brisanz erzeugt hat. Dazu zählt auch die atmosphärische Aufweitung der Agenda: Die Proteste werden nicht mehr nur negativ als Ausdruck des Unmuts über spezifische Probleme, sondern zugleich auch positiv gerahmt; das Campen auf öffentlichen Plätzen wird als kollektives Event mit „Party“-Charakter gefeiert. Schließlich bildet der Schirm ein äußerst schlagkräftiges Symbol: physisch eingesetzt als Schutz gegen Regen, UV-Strahlung und Tränengas, politisch als Schutz vor polizeilicher Identifizierung, ästhetisch als Bild einer beeindruckenden Einheit in farbenfroher Vielfalt, metaphorisch als gemeinsames Dach einer Protestkultur, die unter der Forderung nach allgemeinem Wahlrecht friedlich vereint ist. Der mediale Erfolg, den die Bewegung mit diesem Symbol weltweit erzielt hat, könnte auch nach Innen als tragfähiges Identifikationssymbol für eine längerfristig politisch aktive Generation wirken.

Auf ideeller Ebene könnte zu einer neu entstehenden Protestkultur aber auch längerfristig die politische „Kapazitätskrise“ beitragen, die dazu führt, dass die in Hongkong seit Langem prägende Ideologie des Ökonomismus, der Diskurs vom gemeinsamen Nutzen durch wirtschaftliche Entwicklung, an Attraktivität verloren hat. Die wirtschaftlichen Eliten verlieren angesichts der wachsenden gesellschaftlichen Polarisierung zunehmend ihre Verankerung und Vernetzung in der lokalen Gesellschaft und können so nicht mehr ausgleichend wirken (Fong 2013). Die Bürger sind mit ihrer bisherigen Situation aufgrund der nachlassenden wirtschaftlichen Entwicklung, einer schrittweisen Einschränkung bürgerlicher Freiheiten sowie der Erosion politischer Freiheiten nicht mehr zufrieden und mischen sich immer mehr ein. Die neuen Gruppen haben nicht nur neue Themen auf die Agenda gesetzt, sie bevorzugen auch die Ad-hoc-Mobilisierung, das heißt, sie sind nur schwer einzubinden und genießen in vielen Teilen der Gesellschaft und vor allem auch in den Hongkonger Medien Unterstützung. Vor diesem Hintergrund könnte sich die politische Szene weiter beleben, das Misstrauen gegenüber der Allianz von Regierung und Geschäftswelt zunehmen und die Partizipationsbereitschaft weiter wachsen. Die ohnehin gegebene Skepsis gegenüber politischen Parteien hat vor allem unter Ju-

gendlichen zugenommen, zumal die eigentlichen Entscheidungen von der Regierung gemeinsam mit der Wirtschaft getroffen werden.

Benachteiligte Jugend

Ein materieller Grund für künftige Aktionen der Jugendlichen ist deren Gefühl sich verschlechternder Lebens- und Aufstiegschancen. Im Rahmen des ohnehin zunehmenden Diskurses über Ungleichheit und Armut in Hongkong sieht sich vor allem die jüngere Generation von verlangsamtem Wirtschaftswachstum, relativ sinkenden Löhnen und schlechteren Beschäftigungschancen betroffen. Die Arbeitslosenrate ist zwar mit knapp über 3 Prozent insgesamt sehr niedrig, Jugendliche sind allerdings weitaus stärker betroffen, am stärksten die 15- bis 19-Jährigen (14,5 Prozent Arbeitslose im Jahr 2013) (CSDHK 2014). Die „Post-1990er“ stellen die erste Generation, deren Zukunft schlechter aussehen wird als die ihrer Eltern.

Das Gefühl der Benachteiligung hat aber nicht nur aufgrund der größeren Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt und inadäquater sozialer Sicherung zugenommen. Es wird auch mit dem Zustrom von Festländern in Verbindung gebracht, der für den Anstieg der Lebenshaltungskosten und vor allem der Immobilienpreise, für Konsumengpässe (Milchpulver) und eine immer größere Belastung der sozialen Einrichtungen (Schulen, Krankenhäuser) verantwortlich gemacht wird. Hongkong gehört nicht zuletzt wegen des Zuzugs reicher Festländer inzwischen zusammen mit London zu den teuersten Wohnstädten der Welt. Armut ist in Hongkong wieder ein Thema geworden: Zwanzig Prozent der Bevölkerung leben unterhalb der Armutsgrenze von 1.500 USD (1.180 EUR). Der *Global Wealth Report 2014* zeigt, dass der Anteil der reichsten 10 Prozent am Wohlstand in Hongkong besonders schnell gestiegen ist, nämlich von 65,6 Prozent im Jahr 2000 auf 77,5 Prozent im Jahr 2014. Hongkong liegt damit weltweit nach Russland und der Türkei an dritter Stelle (Credit Suisse 2014).

Die Hongkonger Tycoons dürften sich über das Ende der Proteste gefreut haben. Sie wurden seit der Übergabe Hongkongs an China von Beijing hofiert und haben von der wirtschaftlichen Anbindung deutlich profitiert. Sie wurden politisch kooptiert und können über funktionale Wahlkreise die Zusammensetzung des Wahlkomitees für den Regierungschef wesentlich mitbestimmen. Bei ei-

ner grundlegenden Änderung des Wahlsystems müssten sie nicht nur um ihren Einfluss fürchten, eine prodemokratische Regierung würde wohl auch eher auf die Forderungen aus der Gesellschaft nach einer Steigerung der wohlfahrtsstaatlichen Ausgaben eingehen. Während der Protestaktionen erklärte Regierungschef Leung im Oktober, dass das Nominierungskomitee schon deshalb nach Beijings Vorgaben zusammengesetzt sein müsse, damit sichergestellt sei, dass es nicht zugunsten der gering verdienenden Hälfte der Bevölkerung handeln würde (AFP 2014). Diese offen gezeigte Arroganz hat die Frustration und Wut der Hongkonger sicherlich noch steigert.

Die soziale Abwärtsentwicklung sowie die Unzufriedenheit mit den Hongkonger Politikern dürften auch Ursache für die abnehmende Identifizierung mit China sein (Cheng 2014). Nach der Übergabe waren viele Hongkonger durchaus stolz darauf, an Chinas Aufstieg teilhaben zu können. Umfragen in den Jahren von 1997 bis 2008 zeigen eine wachsende Identifikation mit dem Festland. Dann kehrten sich die Werte allerdings um. Eine Umfrage im Mai 2013 ergab, dass sich die negative Einstellung zu China seit November 2012 von 25 auf 37 Prozent der Befragten erhöht, die positive von 29 auf 20 Prozent verringert hat. Sahen sich Mitte 2008 nur rund 50 Prozent als Hongkonger, so waren dies Mitte 2014 schon knapp 70 Prozent (siehe: <www.hkupop.hku.hk>).

„Wirtschaftlicher Schaden“ für Hongkong begrenzt

Die „Occupy“-Bewegung wurde von der chinesischen Presse als „Tyrannei der Minderheit“ attackiert, die großen wirtschaftlichen Schaden für Hongkong verursachen würde (CD 2014a). Wenn auch die von den Besetzungen direkt betroffenen Einzelhändler erhebliche Verluste erlitten haben dürften, so ist der Schaden für Hongkong insgesamt jedoch geringer als behauptet: Der Aktienindex hat sich wieder erholt, die Einzelhandelsumsätze sind gegenüber dem Vorjahr sogar gestiegen und die Anzahl der Besucher hat im September und Oktober im Vergleich zum Vorjahr 2013 zugenommen. Rückgänge sowohl bei den Aktien als auch bei den Ausgaben der Touristen hatten längst vorher eingesetzt. Eine verringerte Shoppinglust der Festländer, die inzwischen drei Viertel der Touristen in Hongkong stellen, ist dabei eher auf Entwicklungen in China zurückzuführen – hier vor

allem auf die seit zwei Jahren laufende Kampagne gegen Luxuskonsum (Wertime 2014).

Auch die Drohung, Hongkongs wirtschaftlicher Wert für China werde weiter sinken, geht an den Tatsachen vorbei. Zwar ist Hongkongs Anteil am kombinierten Bruttoinlandsprodukt von China und Hongkong im Zeitraum zwischen den Jahren 1997 und 2013 von 16 auf 3 Prozent gefallen und der Anteil an den Exporten von 51 auf 17 Prozent (Wildau 2014), aber dies ist vornehmlich dem Wirtschaftswachstum in China geschuldet. Vor allem seit dem im Jahr 2003 geschlossenen Abkommen zur engeren wirtschaftlichen Zusammenarbeit hat sich die Abhängigkeit Hongkongs vom Festland erheblich verstärkt: Das Handelsvolumen mit China hat sich bis zum Jahr 2012 verdreifacht und auch die Direktinvestitionen sind stark gestiegen. China betreibt zudem aktiv die Übernahme Hongkonger Firmen, um so die Wirtschaftselite besser einzubinden (Lam und Lam 2013). Die Stadt ist mit ihrem Rechtssystem und ihrem entwickelten Kapitalmarkt weiterhin eine Investitionsplattform für ausländisches Kapital nach China; über sie werden Technologien und Management-Know-how nach China gebracht.

„Ein Land, zwei Systeme“ ist gescheitert

Alle Missverständnisse über das Prinzip „ein Land, zwei Systeme“ sind beseitigt, jubelte die *China Daily* nach der Räumung am 12. Dezember. Jetzt wüssten alle Hongkonger, dass der ihnen versprochene „hohe Grad an Autonomie“ nicht volle Autonomie bedeute, sondern dass Beijing immer das letzte Wort haben müsse. Das Prinzip „ein Land, zwei Systeme“ solle vor allem die Souveränität, Sicherheit und Entwicklung von ganz China garantieren (CD 2014b). So hatte es auch schon in einem Weißbuch zur Hongkong-Politik der Volksrepublik geheißen, mit dessen Veröffentlichung im Juni 2014 Beijing die Empörung über das eingeschränkte Wahlrecht angeheizt hatte.

Wenn es noch eines Beweises für die wahren Intentionen von Chinas Hongkong-Politik bedurft hätte, so hat ihn jetzt das Beharren auf dem Beschluss zu den Wahlen im Jahr 2017 geliefert. Letztlich geht es Beijing nicht darum, Hongkong allmählich zu demokratisieren, sondern allein darum, seine wirtschaftliche Leistungskraft und die politische Stabilität zu erhalten, um es später mit dem Festland zu vereinigen. Das Modell „ein Land, zwei Systeme“ ist damit endgültig gescheitert. Für die Taiwanesen

gilt dies schon lange und in ihrer Mehrheit sehen sie sich nicht mit China verbunden. Insofern haben die Ereignisse in Hongkong dort auch kaum Empörung und nur wenige Solidaritätsbekundungen ausgelöst. Einzig die studentischen Aktivisten der „Sunflower“-Bewegung, die sich gegen eine engere wirtschaftliche Kooperation Taiwans mit dem Festland gewandt hatten, sollen Kontakte zu den Hongkonger Demonstranten gehabt haben.

Keine Zugeständnisse

Hat Beijing also alles erreicht, was es wollte? Wohl kaum. Die Hongkonger Regierung hat sich zwar gefügig gezeigt und die Proteste sind erst einmal beendet. Aber die Hongkonger Gesellschaft ist politisch stärker gespalten als je zuvor und wird auf jeden Fall Beijings Aufmerksamkeit weiter beanspruchen. Eventuell hat auch das Bündnis mit Hongkongs Tycoons Risse bekommen, da diese sich nicht entschieden genug gegen die „Occupy“-Bewegung gestellt haben. Außerdem steht Xi Jinpings Führungsmannschaft im Land selbst vor erheblichen Herausforderungen: Chinas Wirtschaft muss grundlegend umgestaltet und zugleich die Rolle Chinas in der Welt neu definiert werden. Im Inneren müssen nicht nur zunehmend streitbare Bürger besänftigt (oder unterdrückt), sondern auch die verschiedenen Interessengruppen und politischen Faktionen für das Umsteuern gewonnen werden. Xi Jinping setzt dabei – anders als die kollektiven Führungen vor ihm – auf seine persönliche politische und ideologische Autorität. Damit macht er sich zugleich angreifbar, sollte es ihm nicht gelingen, die von ihm übernommenen umfangreichen Verantwortlichkeiten auch einzulösen.

Im Jahr 2017, wenn in Hongkong die allgemeinen Wahlen des Regierungschefs anstehen, wird in China der nächste große Parteitag stattfinden, mit dem Xi seine zweite fünfjährige Amtszeit beginnen wird. In der Frage des Hongkonger Wahlmodus jetzt unnachgiebig zu bleiben, erfolgte sicherlich auch unter dem Gesichtspunkt zukünftiger Stabilitätssicherung in China. „Es gibt verschiedene Wege, die politische Stabilität zu sichern“, schrieb die *Global Times* mit Blick auf Hongkong und andere Unruheherde. China müsse seine Problemlösungskapazitäten durch Reformen erweitern. Der Schwerpunkt müsse auf internen Problemen liegen und „die Gesellschaft muss sich einig sein in der Ablehnung von Straßenpolitik“ (GT 2014b).

Die Reaktionen aus Beijing bestätigen eine „Politik der klaren Linie“, die die neue parteistaatliche Führungsgeneration unter Xi mit zunehmend auftrumpfendem Selbstbewusstsein fährt. Sie signalisiert nicht nur gegenüber den Hongkongern, sondern auch gegenüber der internationalen Öffentlichkeit, dass sie zu Zugeständnissen immer weniger Veranlassung sieht und sich stattdessen auf die Bewältigung der inneren Probleme aus eigener Kraft und mit eigenen Mitteln konzentrieren will. Eine Austragung von sozialen Konflikten „auf der Straße“, die immer auch Einfallstore für weitergehende Forderungen schaffen könnte, gehört ebenso wenig wie die Bereitschaft zu politischen Kompromissen zu den Mitteln der Wahl.

Dass die Hongkonger „Occupy“-Bewegung die Beijinger Führung allerdings trotz aller Demonstrationen der Stärke nicht ganz unbeeindruckt gelassen hat, zeigte sich bei Xi Jinpings Besuch in Macau am 19. Dezember. Den auf ihn wartenden Journalisten und Schulkindern wurde trotz leichten Regens verboten, Schirme zu benutzen. Nicht nur sie, sondern auch die angereiste Beijinger Führungsspitze standen so am Ende selbst im Regen.

Literatur

- AFP (2014), CY Leung: „Democracy Would See Poorer People Dominate Hong Kong Vote“, in: *South China Morning Post*, 21. Oktober, online: <www.scmp.com/news/hong-kong/article/1621103/cy-leung-democracy-would-see-poor-people-dominate-hong-kong-vote> (17. November 2014).
- CD (*China Daily*) (2014a), Tyranny of Minority in Hong Kong Takes its Toll, 8. Oktober, online: <www.chinadaily.com.cn/opinion/2014-10/08/content_18703648.htm> (16. Dezember 2014).
- CD (*China Daily*) (2014b), „Umbrella Revolution“ Defeated, 12. Dezember, online: <http://usa.chinadaily.com.cn/opinion/2014-12/12/content_19070255.htm> (16. Dezember 2014).
- Cheng, Joseph Yu-shek (2014), The Emergence of Radical Politics in Hong Kong: Causes and Impact, in: *The China Review*, 14, 1, 199-232.
- Credit Suisse, Research Institute (2014), *Global Wealth Report 2014*, Zurich: Credit Suisse AG.
- CSDHK (2014), *The Profile of the Unemployed Population in Hong Kong in 2013*, *Hong Kong Monthly Digest of Statistics*, May, Hong Kong: Census and Statistics Department, HKSAR.
- Fong, Brian C. H. (2013), State-Society Conflicts under Hong Kong's Hybrid Regime. *Governing Coalition Building and Civil Society Challenges*, in: *Asian Survey*, 53, 5, 854-882.
- GT (*Global Times*) (2014a), Editorial: HK Hunger Strike New Extreme for Protest, 3. Dezember, online: <www.globaltimes.cn/content/894747.shtml> (3. Dezember 2014).
- GT (*Global Times*) (2014b), Society Needs Consensus on Street Politics, 12. Dezember, online: <www.globaltimes.cn/content/896367.shtml> (12. Dezember 2014).
- Holbig, Heike (2007), Regierung legt „Grünbuch“ zur Wahlrechtsreform vor, in: *China aktuell*, 4, 156-158.
- Holbig, Heike (2004), Beijing schließt direkte Volkswahlen in Honkong für 2007/2008 aus, in: *China aktuell*, April, Ü 26.
- Holbig, Heike (2000), Drei Jahre Politisches System der SVR Hongkong (Teil I-III), in: *China aktuell*, Juli, 785-800; August, 907-916; September, 1048-1058.
- Lam, Wai-man, und Kay Chi-yan Lam (2013), China's United Front Work in Civil Society: The Case of Hong Kong, in: *International Journal of China Studies*, 4, 3, 301-325.
- Lam, Willy (2014), Hong Kong After the Revolution, in: *China Brief*, 14, 20, 23. Oktober, 5-8.
- Lee, Francis L. F., und Joseph Man Chan (2013), Generational Transmission of Collective Memory about Tiananmen in Hong Kong: How Young Rally Participants Learn about and Understand 4 June, in: *Journal of Contemporary China*, 22, 84, 966-983.
- NPC (Hrsg.) (2014), *Full Text of NPC Decision on Universal Suffrage for HK Chief Executive Selection, Adopted at the 10th Session of the Standing Committee of the Twelfth National People's Congress on 31 August 2014*, online: <www.china.org.cn/china/2014-08/31/content_33390388.htm> (18. November 2014).
- Strittmatter, Kai (2015), Pressefreiheit in China: Flucht aus Peking, in: *Süddeutsche Zeitung*, 8. Januar, online: <www.sueddeutsche.de/medien/pressefreiheit-in-china-flucht-aus-pekking-1.2294101> (8. Januar 2015).
- Wertime, David (2014), Hong Kong, the Resilient City, in: *Foreign Policy*, 11. Dezember, online: <<http://foreignpolicy.com/2014/12/11/hong-kong-the-resilient-city-charts-data/>> (12. Dezember 2014).
- Wildau, Gabriel (2014), Hong Kong's Value to China Goes Beyond Numbers, in: *Financial Times*, 2. Oktober, online: <www.ft.com> (17. November 2014).

■ Die Autoren

Günter Schucher ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am GIGA Institut für Asien-Studien und Herausgeber der Zeitschrift *ASIEN*.

<guenter.schucher@giga-hamburg.de>, <www.giga-hamburg.de/team/schucher>

Heike Holbig ist Professorin für Politische Wissenschaft mit dem Schwerpunkt auf China und Ostasien an der Goethe Universität, Frankfurt am Main, und wissenschaftliche Mitarbeiterin am GIGA Institut für Asien-Studien.

<heike.holbig@giga-hamburg.de>, <www.giga-hamburg.de/team/holbig>

■ GIGA-Forschung zum Thema

Die Mitglieder des GIGA Forschungsschwerpunktes 1 „Legitimität und Effizienz politischer Systeme“ befassen sich u.a. mit der Persistenz und dem Wandel nichtdemokratischer Regime. Politische Gewalt und innere Sicherheit stehen im Mittelpunkt des GIGA Forschungsschwerpunktes 2 „Gewalt und Sicherheit“.

■ GIGA-Publikationen zum Thema

Barg, Julian, und Günter Schucher (2013), *Die „Null-Protest-Logik“: Soziale Stabilität und staatliche Gewalt in China*, *GIGA Focus Asien*, 7, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/asien>.

Holbig, Heike (2014), *Interview: Proteste in Hongkong: „Das Versprechen direkter Wahlen gibt es gar nicht“*, *Deutschlandfunk*, 3. Oktober, online: <www.deutschlandfunk.de/proteste-in-hongkong-das-versprechen-direkter-wahlen-gibt.694.de.html?dram:article_id=299324>.

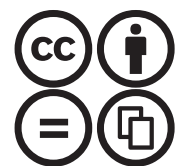
Holbig, Heike (2013), *Ideology after the End of Ideology. China and the Quest for Autocratic Legitimation*, in: *Democratization*, 20, 1, 61-81.

Noesselt, Nele (2014), *Alexis de Tocqueville in China: Spiegeldebatten über Reformbedarf und Revolutionsgefahr*, in: *Leviathan*, 42, 3, 1-17.

Wie stabil sind Asiens Autokratien? China, Nordkorea, Myanmar und Vietnam, eine Literaturliste aus der Datenbank World Affairs Online – WAO im Fachportal IREON, Stand: 6. April 2011, online: <www.giga-hamburg.de/de/system/files/iz_publications/literaturliste_asiens_autokratien.pdf>.



Der *GIGA Focus* ist eine Open-Access-Publikation. Sie kann kostenfrei im Netz gelesen und heruntergeladen werden unter <www.giga-hamburg.de/giga-focus> und darf gemäß den Bedingungen der *Creative-Commons-Lizenz Attribution-No Derivative Works 3.0* <<http://creativecommons.org/licenses/by-nd/3.0/de/deed.en>> frei vervielfältigt, verbreitet und öffentlich zugänglich gemacht werden. Dies umfasst insbesondere: korrekte Angabe der Erstveröffentlichung als *GIGA Focus*, keine Bearbeitung oder Kürzung.



Das **GIGA German Institute of Global and Area Studies** – Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien in Hamburg gibt *Focus*-Reihen zu Afrika, Asien, Lateinamerika, Nahost und zu globalen Fragen heraus. Ausgewählte Texte werden in der *GIGA Focus International Edition* auf Englisch und Chinesisch veröffentlicht. Der *GIGA Focus Asien* wird vom GIGA Institut für Asien-Studien redaktionell gestaltet. Die vertretenen Auffassungen stellen die der Autoren und nicht unbedingt die des Instituts dar. Die Autoren sind für den Inhalt ihrer Beiträge verantwortlich. Irrtümer und Auslassungen bleiben vorbehalten. Das GIGA und die Autoren haften nicht für Richtigkeit und Vollständigkeit oder für Konsequenzen, die sich aus der Nutzung der bereitgestellten Informationen ergeben. Auf die Nennung der weiblichen Form von Personen und Funktionen wird ausschließlich aus Gründen der Lesefreundlichkeit verzichtet.

Redaktion: Günter Schucher; Gesamtverantwortliche der Reihe: Hanspeter Mattes

Lektorat: Petra Brandt; Kontakt: <giga-focus@giga-hamburg.de>; GIGA, Neuer Jungfernstieg 21, 20354 Hamburg

GIGA *Focus*
German Institute of Global and Area Studies
Institut für Asien-Studien

IMPRESSUM